

Bundesvereinigung
deutscher Musik- und Theater-
freunde und Förderer e.V.



Protokoll zum Forum mit:

- dem Kultusminister Sachsen-Anhalt
Herrn Dr. Gerd Harms
- dem Landrat des Mansfelder Landes
Herrn Hans-Peter Sommer

Moderation: Herr Dietrich Fischer
Lutherstadt Eisleben, am 06.10.2001

Schriftenreihe

Band 3

Zum Thema:

„Die Kulturpolitik unter besonderer Berücksichtigung
Der Theaterkultur – ein außerordentlich wichtiger Faktor
bei der Gestaltung einer humanistisch gebildeten Nation,
ein Vergleich zwischen bundesweiter Förderung und der
durch das Land Sachsen-Anhalt und der
Kommune Mansfelder Land möglichen Umsetzung mit
den dabei gemachten Erfahrungen.“



Bundesvereinigung deutscher Musik- und Theaterfreunde e.V.

MUTHEA Kontaktadresse: Bernhard Krumrey · Jütlandring 107 · 24109 Kiel

PROTOKOLL

zum öffentlichen Forum mit dem Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Harms,
dem Landrat des Landkreises Mansfelder Land, Herrn Sommer,
und dem 1. Vorsitzenden der MUTHEA, Herrn Dietrich Fischer

„Die Kulturpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Theaterkultur - ein außerordentlich wichtiger Faktor bei der Gestaltung einer humanistisch gebildeten Nation, ein Vergleich zwischen bundesweiter Förderung, der Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt und der Kommune Mansfelder Land und der möglichen Umsetzung mit den dabei gemachten Erfahrungen.“

Ort: Landesbühne Sachsen-Anhalt,
An der Landwehr 5, 06295 Luth.Eisleben, Große Bühne
Zeit: 6. 10. 2001, 15.00 - 17.00 Uhr

Anwesende: Vorsitzender und Vorstand der MUTHEA
Bürgermeister der Lutherstadt Eisleben, Herr Pfitzner
Landrat des Mansfelder Landes, Hans-Peter Sommer
Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Gerd Harms
MdB Sylvia Schmidt
Vorsitzender des Vereins „Freunde des Theaters der Landesbühne S-A.“
Siegfried Walther, und Mitglieder des Vereins der Freunde des Theaters
Intendant der Landesbühne Sachsen-Anhalt, Ulrich Fischer
Mitarbeiter der Landesbühne Sachsen-Anhalt
Mitglieder der Theaterfördergesellschaft Kassel
Delegierte aus 23 MUTHEA-Mitgliedsgesellschaften in Deutschland

Der Vorsitzende der MUTHEA, Herr Dietrich Fischer, begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Gerd Harms; den Landrat des Landkreises Mansfelder Land, Herrn Hans Peter Sommer; sowie die Gäste aus Kassel und eröffnet die Podiumsdiskussion. In der Einladung zur Podiumsrunde wurden drei Institutionen zur Abgabe ihres Statements gebeten: die Bundesregierung, das Land Sachsen-Anhalt und die Kommune des Mansfelder Landes.

Herr Fischer verliest ein Schreiben des Staatsministers Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, in welchem er seine Teilnahme an der Mitgliederversammlung der MUTHEA aus Termingründen absagt und auf die Zuständigkeit der Bundesländer für die Regelung kultureller Angelegenheiten verweist.

Herr Fischer zitiert aus einigen ihm vorliegenden Presseberichten, die die kulturpolitischen Intentionen des Staatsministers Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin verdeutlichen. Er fordert darin eine Wende in der Förderungspolitik und propagiert die Förderung der Kunst durch den Bund, verweist aber gleichzeitig auf die Kulturhoheit der Länder. Einige Kultusminister widersetzten sich einer Einmischung des Bundes, insbesondere der bayrische Kultusminister Dr. Hans Zehetmayr. Leider verfügten die Länder jedoch über zuwenig Mittel, um ihre kulturellen Verantwortlichkeiten zu erfüllen.

Kulturhoheit bedeute nicht Lizenz zum Kulturrückbau, da besonders die neuen Länder ein vielfältiges Angebot an Kultur hätten. Diesen Rückbau, der z. B. in Brandenburg und Thüringen propagiert werde, kritisiert Herr Fischer scharf. Er fordert den Kultusminister Sachsen-Anhalts, Herrn Dr. Harms, zu einer Stellungnahme auf.

Herr Dr. Harms bedankt sich für die Einladung. In seinen einleitenden Worten betont er, dass die Gründung der MUTHEA im Jahre 1998 als Dachverband der Musik- und Theaterfreunde kein Zufall sei. Die Dringlichkeit der Themen habe einen Zusammenschluss erfordert. Verbände wie die MUTHEA dienten als Lobby für eine anständige Kulturpolitik und für gutes Theater. Sie seien Multiplikatoren für Theaterinhalte und auch Vermittler für Theatersorgen.

Als ersten Punkt untersucht Dr. Harms die Bedeutung der Kulturpolitik. Sie sei kein Feld staatlicher Politikgestaltung, wesentliche Entscheidungen inhaltlicher Art würden vor Ort getroffen und müssten seines Erachtens nach auch von staatlichem Einfluss freigehalten werden. Kulturpolitik sei als Prozess zu verstehen; es sei Aufgabe der Kulturpolitik, in diesem Prozess Hindernisse zu beseitigen und förderliche Voraussetzungen zu schaffen - finanzieller und materieller Art. Dies sei gemeinsames Anliegen des Bundes und der Länder; dies unterstreiche auch Prof. Dr. Nida-Rümelin.

Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sei eindeutig, die Förderung von Kunst und Kultur habe hier Verfassungsrang, und es sei die Aufgabe des Landes und der Kommunen, Kunst und Kultur zu fördern. Da Förderentscheidungen eine Schwerpunktsetzung verlangten, müssten leider auch inhaltliche Entscheidungen getroffen werden, die eine öffentliche Kontrolle erforderten. Die Förderung der Theater in ganz Sachsen-Anhalt stelle einen deutlichen Politikschwerpunkt dar.

Als nächsten Punkt behandelt Dr. Harms Eisleben und sein Theater. Eisleben sei ein Teil der Kulturerbestätten der Reformation und sei eine große Region des Bergbaus gewesen. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation fördere und unterhalte die Region das Theater. Dabei wurde versucht, Theater auch in kleine Orte zu bringen durch ein System von Spielstätten. Dies brächte eine langfristige Stabilisierung dieser Theater mit sich, wie es zum Beispiel gerade in der Altmark gelungen sei durch einen Zusammenschluss der beiden Altmarkkreise Salzwedel und Stendal. Gleichzeitig würde mit dem Nordharzer Städtebundtheater und dem Anhaltischen Theater in Dessau eine ähnliche Vereinbarung geschlossen. Im Dessauer Theater, das sich schwerpunktmäßig mit Musiktheater beschäftigt, würde dadurch die Regionalisierung des Angebots sehr stark unterstützt.

Herr Dr. Harms teilt die Besorgnis von Herrn Fischer, dass die Kommunen in immer stärkerer Masse, vor allem im Osten Deutschlands, durch den Druck des Umbaus der Haushalte an der Kultur sparen müssten, wenn sie schwarze Zahlen schreiben wollten. Die Kultur würde im Haushalt als sogenannte freiwillige Aufgabe definiert, weil sie in Verfassung und Gesetz zwar dem Grunde, aber nicht der Höhe nach als kulturelle Leistung definiert sei.

Das Konzept „Theater der Region“ brächte nicht mehr Geld in die Region, aber es ließe sich ein Zusammenhang herstellen zwischen Nutzer, Struktur und tatsächlichen Kosten, was sich für die Städte als Oberzentren und Mittelzentren bewähre und auch für die Landkreise ein wichtiger Punkt sei.

Bei der Frage des Kulturföderalismus müsse man außerordentlich vorsichtig vorgehen. Die Bundesrepublik Deutschland habe eine der reichsten Kulturlandschaften, wie sie in kaum einem anderem europäischen Land zu finden sei. Das sei ein Ergebnis deutscher Entwicklung, die dazu geführt habe, dass in den verschiedensten Regionen kulturelle Leistungen erbracht würden und dies auch im Bewusstsein der Bevölkerung als Teil der regionalen kulturellen Substanz begriffen würde, wie es andere Länder in dieser Form nicht hätten. Eisleben brauche nicht notwendig ein Theater, entscheide sich aber dafür, eins zu haben.

Die Städte, die sich gegen ein eigenes Theater entschieden, würden zum Gegenstand der bundesweiten Debatte um Spielstättenkonzeptionen. Vermutlich sei eine solche Konzeption ohne Ensembletheater zum Untergang verurteilt, bzw. die Theaterkunst müsse dabei erhebliche Abstriche hinnehmen. Die Aufwendungen für Kultur, Kulturpolitik und Kulturförderung seien eine politische, keine moralische Verständigung darüber, was eine Gesellschaft für einen Bereich aufwenden wolle. Diese Verständigung müsse immer wieder durch Leistung als auch Verständigung innerhalb der Gesellschaft herbeigeführt werden. Deshalb ist Dr. Harms der Ansicht, dass Kulturpolitik und Förderung der Kultur keine freiwilligen Leistungen seien. Auch eine Gesellschaft selbst müsse gefördert werden, was nicht immer gewerblich und kostendeckend betrieben werden könne.

Aktuelle Studien zum Nutzungsverhalten der Kultur zeigten, dass der Besuch von Theatern innerhalb der Gesellschaft nicht rückläufig sei - trotz überdurchschnittlicher Ausweitung anderer Bereiche, die das Freizeitverhalten beeinflussten, insbesondere der kommunikationstechnischen Entwicklungen. Sachsen-Anhalt habe ein relativ hohes Niveau. Von ca. 1,1 Millionen Besuchern jährlich besuchen, auf 1000 Einwohner gerechnet, durchschnittlich

416 davon jährlich ein Theater, wobei Mehrfachzählungen möglich seien. Dennoch liege Sachsen-Anhalt damit erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 277 Besuchern. Jede dritte verkaufte Theaterkarte gehe an Kinder und Jugendliche. Das Kinder- und Jugendtheater sei deutlich als Schwerpunkt definiert worden. Dieses Nutzerverhalten sei das Ergebnis eines bewusst vorgehaltenen Angebots.

Dr. Harms wirft die Frage auf, in wieweit ein „Theater der Region“ notwendig sei. Man könne in Halle und Magdeburg mit mehr Aufwand auch mehr bieten. Allerdings seien nur die motorisierten Besucher bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten in der Lage, die dortigen Theater zu besuchen; dies würde die Benutzerzahlen und die Inanspruchnahme von Theatern nach unten treiben. Das Konzept des „Theaters der Region“ bedeute eine Bindung der zukünftigen Theaternutzer an das Theater und unterstütze ein antizyklisches Verhalten im Zeitalter einer Medien- und Eventkultur. Für das Land Sachsen-Anhalt werde dieses Konzept deshalb zukünftig weiter unverzichtbar sein, die Ergebnisse würden das durchaus bestärken. Die Bühnen in den Mittelzentren Sachsens-Anhalts erreichten fast 450 000 Menschen jährlich mit dem Schwerpunkt Kinder und Jugendliche.

Dr. Harms weist darauf hin, dass die Positionen, die er vertrete, in erster Linie die seinigen seien und in zweiter Linie die des Kultusministeriums. Bisher seien sie auch in der Landesregierung deutlich mehrheitsfähig. Es gebe zwar immer wieder Anfragen, wieviel Theater man sich leisten könne, auch bei der Bestimmung des Kulturhaushaltes sei dies eine regelmäßige Debatte. Hier gehe es um Verständigung. Die MUTHEA sei durchaus ein wichtiger Partner, um eine lebendige und vielfältige Theaterlandschaft aufrecht zu erhalten.

Herr Fischer bestätigt Herrn Dr. Harms in der Auffassung, dass ein Lösungsansatz darin bestehe, große Lasten auf viele Schultern zu verteilen. Das Land und die beteiligten Kommunen schulterten gemeinsam gemäß dem Motto, dass geteilte Last halbe Last sei. Herr Fischer fragt Herrn Landrat Sommer, ob er den auf seinen Bereich entfallenden Anteil als fair beurteilt.

Herr Sommer eröffnet mit einer Begrüßung des Kultusministers Dr. Harms, Herrn Fischers, der Mitglieder der MUTHEA sowie aller Anwesenden und zitiert einen Eintrag aus dem Gästebuch der Internetseite der Landesbühne Sachsen-Anhalt. Dort vermerke ein Besucher, dass die Landesbühne bleiben müsse, auch wenn viele anderer Auffassung seien.

Auch im Mansfelder Land werde ernsthaft diskutiert, wie viel Kultur gebraucht werde vor dem Hintergrund des immer geringer werdenden Etats und der Diskussion über Prioritätensetzung bei der Kulturförderung. Er habe in der Vergangenheit die Strategie verfolgt, alles zu erhalten, was bestehe, gemäß der alten Erfahrung, dass einmal Abgeschafftes nicht wieder angeschafft werde. Es habe sich positiv bestätigt, dieser Strategie zu folgen.

Es habe ihn sehr gefreut, bei dem heutigen Treffen Besucher aus der ganzen Bundesrepublik zu begrüßen, bei einigen habe er sich schon persönlich als Landrat des Landkreises Mansfelder Land vorstellen können, die noch ausstehenden begrüße er noch einmal herzlich. Er drückt seinen Stolz aus, dass die Jahrestagung der MUTHEA in der Lutherstadt Eisleben stattfinde. Im Mansfelder Land von Kultur zu sprechen, bedeute, von der Vergangenheit zu sprechen: Martin Luther, Novalis, Gottfried August Bürger und Ludwig Gleim seien in diesem Landstrich geboren worden, und ihrem Erbe fühlten sich die politisch Verantwortlichen sowie die kulturellen Akteure im Mansfelder Land verpflichtet.

Herr Sommer geht auf die Vergangenheit des Eislebener Theaters ein. Früher trug die Landesbühne den Namen Thomas-Müntzer-Theater und besaß drei Sparten. In den frühen 90er Jahren musste das Theater sehr schmerzliche Prozesse durchlaufen. In dem damals gerade neu gebildeten Landkreis Mansfelder Land erlebte Herr Sommer als neu gewählter

Landrat diese Periode hautnah mit. Er sei seiner Maxime treu geblieben, alles Vorhandene möglichst zu erhalten. Heute sei man stolz auf die Landesbühne Sachsen-Anhalt. Das Erreichte habe man der Verlagerung auf mehrere Schultern zu verdanken, wie das auch Herr Dr. Harms betont habe. Die Weiterführung des Theaters werde finanziell gesichert durch die Körperschaften, d. h. die Lutherstadt Eisleben, die Stadt Hettstedt und den Landkreis, die gemeinsam den Theaterzweckverband bildeten. Das Land Sachsen-Anhalt habe dankenswerterweise vor vier Jahren das erste Mal einen derartigen Vertrag unterschrieben, und die Verlängerung dieses Vertrags um eine weitere Periode werde heute im Rahmen der MUTHEA-Jahrestagung vorgenommen. Das Land stelle 2,5 Millionen DM zur Verfügung. Man habe auf eine etwas größere Summe gehofft, aber Herr Dr. Harms habe die gegenwärtige Situation fair beschrieben und die zukünftigen Perspektiven noch offen gelassen.

Herr Sommer geht auf den Gesamthaushalt des Landkreises ein, der ca. 100 Millionen Euro umfasst. Davon entfielen 82 Millionen Euro auf den Verwaltungshaushalt und 18 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt. In diesem Rahmen beteilige sich der Landkreis in erheblichem Umfang an den Ausgaben für Kultur, Wissenschaft und Forschung. Nach dem Haushaltsdatenvergleich 2000, in dem aufgelistet sei, welcher Landkreis in Sachsen-Anhalt für welchen Zweck wie viel ausgeben habe, und der vom Landkreistag von Sachsen-Anhalt erstellt wird, gebe der Landkreis Mansfelder Land das meiste Geld für Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege in ganz Sachsen-Anhalt aus, nämlich 6.115.200 DM. Im Jahr 2001 werde diese Zahl niedriger sein, trotzdem werde der Landkreis für das Jahr 2001 und 2002 im Vergleich wieder an der Spitze liegen.

Im gleichen Haushaltsdatenvergleich 2000 zeige sich allerdings auch ein Fehlbetrag von 4.827.800 DM im Haushalt des Landkreises. Im Moment werde der Haushaltsplan 2002 diskutiert, und die Presse hinterfrage die bedenkliche Haushaltssituation.

Da es am Schwersten fiele, bei den sogenannten freiwilligen Leistungen zu kürzen, könnte die Genehmigung des Haushaltsplans 2002 durch die Kommunalaufsicht schwierig werden. Er werde sich als Landrat Mühe geben, den Haushaltsplan so zu gestalten, dass für Anvisiertes auch genügend Mittel vorhanden seien. Das bedürfe der Unterstützung der politischen Akteure. Durch die gute Zusammenarbeit mit dem Kreistag sei die Zukunft des Theaters nicht in Frage gestellt. Durch die Unterzeichnung des neuen Fördervertrages werde der Landkreis in die Pflicht genommen, seinen Anteil für die nächste Periode ebenfalls sicherzustellen. Herr Sommer wünscht sich mehr Mitglieder im Theaterzweckverband zur Teilung der finanziellen Lasten.

Hier ergeht ein Dank an den Theaterförderverein und seinen Vorsitzenden Herrn Walther für die Unterstützung dieses gemeinsamen Vorhabens. Der finanzielle Beitrag des Landkreises für 2002 zur Landesbühne belaufe sich auf 1.206.904 Euro, der Lutherstadt Eisleben auf 160.443 Euro und der Stadt Hettstedt auf 27.917 Euro. Die größte Last liege also auf den Schultern des Landkreises, des Kreistags und dem dafür verantwortlichen Schul-, Sport- und Kulturausschuss.

Das Mansfelder Land schätze an seinem Theater die Vielzahl von Aktivitäten, die Anpassungsfähigkeit und Behandlung von Problemen der modernen Gesellschaft, was sich in einem abwechslungsreichen Spielplan niederschlage. Der Intendant des Theaters, Herr Ulrich Fischer, der zugleich Geschäftsführer des Theaterzweckverbandes ist, beweiße immer wieder Erfindungsreichtum beim Zusammenstellen des Spielplanes und bei notwendigen Einsparungsmaßnahmen. Herr Sommer spricht ihm dafür seinen Dank aus. Die regionale Beliebtheit des Theaters gründe sich auch auf die vielfältige, manchmal unkonventionelle, Kinder- und Jugendarbeit in den Schulen, die Art, sich dem Publikum vorzustellen, und die Offenheit für Bildungsveranstaltungen.

Dies sichere dem Theater zukünftige Unterstützung von Seiten des Publikums und des Fördervereins, der am 17.11. 1995 gegründet wurde. Herr Sommer spricht als Gründungsmitglied des Fördervereins seine Anerkennung für dessen Leistungen aus, unter

anderem für die Organisation für Veranstaltungen, und dankt Herrn Walther und den Mitgliedern des Fördervereins für ihre Mitarbeit. Er sei sich sicher, dass auch der Träger und der Förderverein des Theaters in der Lage seien, die Landesbühne zukünftig zu erhalten. Er schließt mit einem Zitat von Franz Grillparzer.

Herr Dietrich Fischer geht auf die Entwicklung der Theaterförderung ein. Schulen, Theater und Museen gehörten vor nicht allzu langer Zeit noch zum Monopol staatlicher Macht. Schon Karl Valentin forderte neben der allgemeinen Schulpflicht eine allgemeine Theaterpflicht. Der Besuch von Theatern und Museen als Bildungsangebot sei Bürgerpflicht gewesen. Das Angebot sei dabei vom Staat und der Kommune eingefordert worden.

Nach dem zweiten Weltkrieg und der Demokratisierung Westdeutschland blieb das bürgerschaftliche Engagement für kulturelle Einrichtungen durch Stiftungen und Spenden, Mäzene und Sponsoren außen vor. Theatermacher und Träger fürchteten um ihre Unabhängigkeit.

Das bürgerschaftliche Engagement und das Selbstverständnis für einen eigenen wirtschaftlichen Beitrag hätten sich langsam entfaltet. Dennoch seien diese Beiträge zu vernachlässigen angesichts der hohen Gesamtkosten. Die Entwicklung sei aber positiv, was auch an den Fördervereinen liege.

Herr Fischer äußert sein Wohlwollen über das Engagement des Landrates für das hiesige Theater. Er fragt Herrn Dr. Harms nach seiner Meinung über diese Entwicklung, ob sie langfristig gesehen ein Ausweg oder ein Irrweg sei, eine Gefahr für die Kulturhoheit des Landes und damit für die Verfassung. Weiterhin möchte Herr Fischer vom Kultusminister wissen, ob er diese Entwicklung unterstütze oder Widerspruch einlege wie andere seiner Kollegen.

Herr Dr. Harms ist der Meinung, dass die Diskussion um den Kulturföderalismus eigentlich keine Basis habe. Bei der Frage, was der Bund im Rahmen der nationalstaatlichen Repräsentanz mache, beschäftige ihn vielmehr die Aussage, dass Berlin kulturell unterfinanziert sei, was dem von Herrn Fischer erwähnten Zeitungsausschnitt zu entnehmen war. Die aktuelle Diskussion darüber könne dazu führen, dass eine Mehrfinanzierung in Berlin zu Lasten der Kulturförderung des Bundes in anderen Bereichen gehe; in der Tat könne die Kulturförderung in Berlin aus der Proportion geraten.

Seiner Meinung nach sei es richtig, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Eigenverantwortung, die Überschneidungsbereiche und die gemeinsamen Projekte auseinander zu dividieren. Das habe sich in den letzten zehn Jahren besonders und davor in der alten Bundesrepublik schon teilweise verwischt. Es habe Unklarheiten darüber gegeben, warum gleichartige Projekte gefördert bzw. nicht gefördert worden seien. Vermutlich könne man dies auf die Aktivität eines Bundestagsabgeordneten oder die persönliche Vorliebe von Entscheidungsträgern zurückführen, was nicht sein könne.

Eine demokratische und lebendige Gesellschaft könne nur dauerhaft Bestand haben, wenn die Grundlage der Arbeit bürgerschaftliches Engagement sei. In anderen Bereichen, z. B. im Sport, würde ohne ehrenamtliches Engagement nichts funktionieren, staatliche Finanzierung reiche nicht aus. In der Kultur herrsche ein gewisses Misstrauen bei den kulturellen Einrichtungen gegenüber Laien oder Ehrenamtlichen. Dort seien erhebliche Potentiale und Ressourcen bei Ruheständlern, Jugendlichen und auch engagierten Erwachsenen zu finden.

US-amerikanische Vorbilder könne man nicht kopieren. In den letzten 200 Jahren habe sich dort die Tradition der öffentlichen und der privaten Finanzierung vollständig anders entwickelt. Dort würden bestimmte Dinge privat, nicht steuerlich finanziert. Deshalb hätten die privaten

Finanziers auch inhaltlich starken Einfluss. In einer bestimmten Bevölkerungsschicht sei dies eine Selbstverständlichkeit.

Ein weiterer Grund sei das Steuerrecht. In Deutschland seien steuerliche Erleichterungen erwünscht, ohne dass staatliche Leistungen gekürzt würden. Staatliche Leistungen hätten in den USA eine viel geringere Tradition. Vielmehr müsse man in Deutschland eine eigene, der Situation angemessene Zielvorstellung entwickeln. Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern müsse auf allen Ebenen ermöglicht werden, besonders im kulturellen Bereich. Fördervereine seien im Moment noch von wenig Einfluss, da sie zwar Geldmittel bereitstellten und Werbung machten, aber noch keine vollwertigen Partner im Theater seien. Ein erster Schritt sei die durchgeführte Änderung des Spendenrechts seitens des Deutschen Bundestages. Privates Engagement ließe sich teilweise gegen Steuerschuld gegenrechnen. Es komme auch auf die Würdigung und Einbindung persönlichen Engagements in einer Institution wie dem Theater an, besonders im gegenwärtigen Jahr der Ehrenamtlichen. Er unterstütze dies sehr.

Herr Fischer fordert auch den Landrat zu einer Stellungnahme auf.

Herr Sommer bekräftigt die Aussage von Dr. Harms. Die Gesellschaft sei heutzutage in vielen Bereichen zunehmend auf freiwillige Arbeit angewiesen. Als Präsident des ansässigen Kreissportbundes könne er die Aussagen von Dr. Harms nur unterstreichen. An Würdigung und Akzeptanz der ehrenamtlichen Arbeit mangle es noch sehr und gleichzeitig würden die Bedingungen für eine Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten immer weiter erschwert. Vereinfachungen müssten hier geschaffen werden.

Er unterstreicht die Wichtigkeit des Engagements des hiesigen Theaterfördervereins, das z. B. in der Organisation und Durchführung eines jährlichen Theaterfestes zum Ausdruck komme. Die Öffentlichkeitswirkung sei enorm. Der Förderverein sei hier eine unverzichtbare Brücke zwischen dem Publikum im allgemeinen und dem Theater als Institution und seinen Akteuren. Die Arbeit des Theaterfördervereins werde er auch zukünftig unterstützen. Generell sei die Arbeit von Vereinen unverzichtbar. Sie müsse deshalb wenigstens mit einer Mitgliedschaft und den damit verbundenen Beiträgen gefördert werden.

Herr Fischer weist darauf hin, dass es besonders erstrebenswert und beispielgebend sei, Gründungsmitglied eines Vereins zu sein, wie das auch Herr Sommer in mehreren Fällen sei.

Die Musik- und Theaterfördergesellschaften verließen ihren engen Zirkel, um mit den Nachbarn Kontakt aufzunehmen, zu deren Bühne, Publikum, Förderern und dahinterstehenden Politikern. Von den Erfahrungen anderer könne man profitieren und lernen, auch im Hinblick auf die Kulturpolitik. Gegenüber anderen Lobbys komme die Kultur als Interessenfeld einer angeblichen Minderheit leicht ins Hintertreffen. Deshalb müssten alle verfügbaren Kräfte gebündelt werden, ohne dass Einzelinteressen vernachlässigt würden.

Besonders die kleinen und mittleren Bühnen als erste Stationen für den künstlerischen Nachwuchs lieferten den Nährboden für die Weiterentwicklung. Sie seien unabdingbar notwendig für den Strukturerhalt der deutschen traditionsreichen und weltweit bewunderten Musik- und Theaterlandschaft. Der Standort Deutschland beschäftige Bühnenkünstler, Autoren und Komponisten aus aller Welt. Orchester und Ensembles seien gelebtes Miteinander der Völker. Sie verbinde das Streben nach einem gemeinsamen künstlerischen Ziel. Kulturpolitik dürfe das hier Gewachsene nicht zerstören, um anderswo z. B. Bollwerke gegen Rechts zu errichten.

Im Anschluss an die Reden werden Wortmeldungen von Besuchern mit Fragen an den Kultusminister behandelt.

Herr Beuster vom Förderverein des Mitteldeutschen Landestheaters Wittenberg hat zwei Anliegen, die er dem Kultusminister anschließend auch in schriftlicher Form überreichen will. Seine erste Frage zielt darauf ab, wie die Landesregierung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber dem Landestheater Wittenberg gerecht werde; seine zweite Frage lautet, welche Bedingungen der Kultusminister an den Kreis Wittenberg und seinen Zweckverband stelle, damit mit dem Wittenberger Theater ein neuer Vertrag für die nächsten vier Jahre abgeschlossen werden könne.

Herr Dr. Harms erklärt, dass er auch dem Landestheater Wittenberg die bisher geltenden Förderkonditionen im Kern angeboten habe. Kreis und Stadt Wittenberg sähen sich allerdings nicht in der Lage, den Theaterbetrieb weiter finanziell zu unterstützen. Das Land sei nicht Träger der Landesbühnen, sondern jeweils der Zweckverband, in diesem Falle der Landkreis Wittenberg und die kreisfreie Stadt Wittenberg.

Die politischen Gremien seien zu keinem Zeitpunkt abschließend zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen, von den internen Differenzen zwischen Musiktheater und Sprechtheater des Wittenberger Theaters einmal abgesehen.

Zur zweiten Frage des Herrn Beuster erläutert Dr. Harms, dass es ein stimmiges Konzept mit Zielvereinbarungen geben müsse, was aber nicht vorliege. Er erklärt sich bereit, die Träger des Landestheaters Wittenberg ein weiteres Jahr zu unterstützen; allerdings müsse geklärt werden, welche finanziellen Zuwendungen in Zukunft von Kreis und Stadt gestellt würden. Seiner Meinung nach habe die Region Wittenberg einen Bedarf an Kinder und Jugendtheater; deshalb befürworte er eine Kooperation mit Dessau. Dies sei bisher nicht näher verfolgt worden. Zudem komme Wittenberg seinen Verpflichtungen als Landesbühne nicht nach (50 % der Vorstellungen müssen in Sachsen-Anhalt gespielt werden).

Abschließend erklärt Dr. Harms, dass sich die Träger des Theaters einigen müssten. Er nimmt die schriftlichen Ausführungen entgegen. Er versichert, sich mit dem zuständigen Landrat und dem Bürgermeister in Verbindung zu setzen.

Frau Riedel, Kulturstadtleiterin der Lutherstadt Eisleben, bittet Herrn Dr. Harms um die rechtzeitige Anweisung der Bewilligungsbescheide für die Kommunen zur Kultur- und Musikförderung. Eigentlich seien die Bescheide zum 1. Januar eines jeden Jahres fällig, würden sich aber regelmäßig deutlich verspäten. Weiterhin bittet sie darum, dass den zuständigen Vereinen und Verbänden der Lutherstadt Eisleben die Zuwendungen des Landes zum Sachsen-Anhalt-Tag vor Beginn dieses Tages zugewiesen werden.

Dr. Harms sichert seine Unterstützung zu mit der Erklärung, dass das System der Bewilligungsbescheide gerade erneuert werde. Die Verantwortlichkeit dafür solle einem Landesverwaltungsamt übergeben werden. Große Teile der Regelkulturförderung sollten über die Kreisverwaltung laufen, was ein Ergebnis der Kreisgebietsreform sein müsse.

Dr. Gießler, Vorstand der Fördergesellschaft des Staatstheater Kassel bedankt sich für die Einladung zur Teilnahme und bei den Sprechern des Podiums für die interessanten Beiträge. Er hebt hervor, dass die grundsätzlichen Standortbestimmungen in den meisten Bundesländern gleich seien, die Probleme in Hessen seien denen in Sachsen-Anhalt ähnlich. Der Schulterschluss zwischen dem Land Sachsen-Anhalt, dem Landkreis Mansfelder Land und der Stadt Eisleben sei aber hier besonders eng. Er äußert sich anerkennend über das Bekenntnis des Kultusministers Dr. Harms und des Landrats Herrn Sommer zum Theater Eisleben. Dr. Gießler stellt die Frage an den Kultusminister, ob in Sachsen-Anhalt die

Förderungszuschüsse für das folgende Jahr gekürzt würden, wenn die Einnahmen eines Theaters stiegen. In Hessen sei dies der Fall.

Dr. Harms erklärt zum Mechanismus der Fehlbedarfsfinanzierung, dass in Sachsen-Anhalt eine Art von Zuwendungsvertrag geschlossen würde, der die Höhe der Landesmittel fixiere, aber nicht die Höhe der Einnahmen, das heißt, die Einnahmen eines Theaters verblieben bei diesem. Eigeninitiative müsse sich seiner Meinung nach lohnen. Sowohl Land als auch der Landkreis profitierten vom Erhalt eines Theaters. Die Zuwendungen würden durchgeschrieben, was eigentlich nicht erlaubt sei. Der Landesanteil habe ursprünglich 50 % betragen und liege jetzt bei 43 %. Seiner Prognose nach könne man dies in den nächsten vier Jahren beibehalten, dann müsse man ein neues Konzept entwickeln wegen der zwangsläufigen Kostensteigerungen und der verminderten Leistungskraft der Kommunen. Ohne eine öffentliche Zusicherung zu geben, weist Herr Dr. Harms darauf hin, dass die Zuwendungen gesteigert werden müssten. In der Haushaltslage des Landes, das wesentlich höher verschuldet sei als seine Kommunen, sei allein die Durchschreibung des Landesanteil schon beachtlich, in Niedersachsen und anderen Bundesländern sehe es anders aus. De facto würden die Mittel von Jahr zu Jahr weniger.

In dem Fördervertrag werde fixiert, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssten, die Einnahmen zu steigern, um erwartete Defizite geringer zu halten. Der Umgang des Kreises und des Trägers sei damit noch nicht abschließend bestimmt, aber die meisten Träger hätten sich diesem System angeschlossen, da man die Theater zunehmend als selbstständig handelnde Einheiten haben wolle.

Herr Fischer bedankt sich für die Wortbeiträge und übergibt an den Hausherrn der Landesbühne Sachsen-Anhalt, den Intendanten Herrn Ulrich Fischer, der den Kultusminister und den Landrat zur Unterzeichnung des Fördervertrags bittet. Abschließend spricht der Intendant eine Einladung zur Premiere am selben Abend und zur anschließenden Premierenfeier aus.

Lutherstadt Eisleben, den 27.11. 2001

Ursula Wölfer

B. Krumrey

**STATEMENT DES KULTUSMINISTERS VON SACHSEN-ANHALT,
DR. GERD HARMS, (Textkonzept)
ANLÄSSLICH DER VOLLVERSAMMLUNG DER MUTHEA
AM 6. 10. 2001 IN EISLEBEN (siehe auch Protokollseiten 2 und 3)**

> Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die freundliche Einladung

Der Dachverband für Theater-Fördervereine „MUTHEA“, gegründet 1998 ist eine ausgesprochen gute Sache:

Als Lobby für anständige Theater-Politik,
als Lobby für gutes Theater
und als Multiplikator für Theater-Inhalte,
manchmal auch als Vermittler von Theater-Sorgen.

Wir sind hier in Eisleben, einer traditionsreichen Hochburg des Bergbaus, aber auch das Theater hat sich gut entwickelt und unter schwierigen Bedingungen vorzügliches geleistet:

Ca. 75 Beschäftigte hielten in der Spielzeit 2000/2001 in der Sparte Schauspiel/Kinder- und Jugendtheater **insgesamt 363 Vorstellungen** vor, die von 62.130 Besucherinnen und Besuchern genutzt wurden.
174 Vorstellungen wurden im Abstecherbetrieb angeboten, 119 Vorstellungen in Städten und Gemeinden **Sachsen-Anhalts**.

Der jährliche Etat des Theaters beträgt ca. 6,5 Mio DM, davon werden 750 TDM durch eigene Einnahmen erwirtschaftet; das entspricht einem Kostendeckungsgrad von ca. 13 % (Durchschnittlicher Kostendeckungsgrad Bundesrepublik 15,4 %)

Die Theaterverträge sind für unsere Theater und für deren Träger eine aus meiner Sicht sehr sinnvolle Sache:

Der Vertrag sichert eine finanzielle Beteiligung des nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Fehlbetrags der Landesbühne Eisleben in Höhe von jährlich 2.5 Mio DM. Mit der Landes- zuwendung werden gegenwärtig ca. 47 % des Fehlbedarfs gedeckt.

Der Vertrag stellt außerdem - allerdings mit Haushaltsvorbehalt - eine Beteiligung des Landes an notwendigen Theaterbaumaßnahmen im Vertragszeitraum in Aussicht.

Wie sieht die Situation in Sachsen-Anhalt generell aus?

In Sachsen-Anhalt wirken z.Z. 14 Bühnen an 9 Stabdorten mit ca. 2.100 Beschäftigten.

Der jährliche Zuschussbedarf der Theaterlandschaft beträgt z.Z. 170,5 Mio DM. Daran beteiligt sich das Land mit 72,6 Mio DM. Das entspricht 42,6 % des Fehlbedarfs.

Mit dem neuen Vertragswerk konnte der Einstieg in die Weiterentwicklung der Fördermodalitäten eingeleitet werden. Es ist für zahlreiche Theaterstandorte gelungen, die Rahmenbedingungen der Förderung im kommenden Vertragszeitraum deutlich zu verbessern. Das trifft insbesondere die Standorte, die selbst initiativ geworden sind und eigenständig Konzepte für eine stärkere regionale Verankerung ihrer Bühnen sowie die Ausweitung der Finanzbasis entwickelt haben.

So werden inzwischen die Theaterverträge des Landes auch in den Regionen - teilweise landkreisübergreifend - von bilateralen bzw. komplexen Vertragswerken und Regelungen zwischen kommunalen Gebietskörperschaften zur Förderung ihrer Bühnen ergänzt (z.B Stendal /Altmark, Nordharzer Städtebundtheater, Theater Zeitz). Im Rahmen eines Modell- vorhabens fördert das Land das Projekt des Anhaltischen Theaters Dessau mit dem Arbeits-titel „Theater der Region“.

Strukturen zu ermöglichen, die eine gerechte Verteilung der Kosten und Lasten der Kultur-angebote ihrer Region gewährleisten, bleibt auch künftig eine der wesentlichsten Aufgaben der Kulturpolitik, nur so sind Qualität und Umfang gegenwärtiger Angebote langfristig zu erhalten. Ein Theater für eine Region muss auch in erster Linie aus der Region finanziert werden; dabei sollten sich die Nutzerstrukturen auch in den Kostenstrukturen spiegeln.

Tradition und Dichte der deutschen Theaterlandschaft stellen auch im Kontext der europäischen Kulturentwicklung eine Besonderheit dar, die es zu bewahren, zu pflegen und weiter zu entwickeln gilt; in Deutschland leisten sich auch relativ kleine Städte den „scheinbaren Luxus“, ein eigenständiges Theater-Ensemble vorzuhalten. Das gilt in noch stärkerem Maße für Ost-deutschland, was zu den Schwierigkeiten vieler Kommunen beiträgt.

Aktuelle Studien zum Kulturnutzungsverhalten zeigen, dass der Besuch von Theateraufführungen trotz der überdurchschnittlichen Ausweitung und Differenzierung des Kulturangebots (besonders als Folge der kommunikationstechnologischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte immer noch prioritär eingeordnet bleibt; so haben sich die Besucherzahlen auch in Sachsen-Anhalt gegenwärtig auf dem relativ hohen Niveau von 1,1 Mio jährlich verstetigt.

In Sachsen-Anhalt besuchen pro 1.000 Einwohner 416 jährlich ein Theater; der Bundesdurchschnitt liegt bei 277. Jede 3. verkaufte Theaterkarte geht in Sachsen-Anhalt an Kinder und Jugendliche; im Bundesdurchschnitt ist es jede 7..

Diese Statistik ist zum einen Ausdruck der Theaterstruktur (3 Puppentheater in Sachsen-Anhalt und ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater in Halle), aber auch das Ergebnis der Bemühungen aller Bühnen um das künftige Publikum des Theaters.

Theater bleibt auch im Zeitalter des Internets und der neuen Medien unverzichtbar. So ist gegenwärtig z.B. auch eine „antizyklische“ Reaktion des Publikums beobachtbar: Im Zeitalter der Medien- und Eventkultur, das nicht selten lediglich als Zeitalter der Schnelligkeit und eines oftmals hektischen Aktionismus wahrgenommen wird, wird „das Theater als Ort meditativer Kultur und der Konzentration und Nachdenklichkeit gegen den Marktplatz der schnellen Meinungen „ gesetzt.

Entgegen den Erwartungen und Prognosen der Kulturforscher bleiben die Landesbühnen auch im Zeitalter wachsender Mobilität des Publikums unverzichtbar.

Die Bühnen in den Mittelzentren Sachsen-Anhalts erreichen fast 450.000 Zuschauer jährlich; für viele Kinder und Jugendliche erfolgt über die Arbeit der Landesbühnen die „Erstbegegnung“ mit dem Theater.

Im Übrigen ist die Landesregierung der Auffassung, dass der Besuch von Theater-vorstellungen nicht ein Vorrecht der Einwohner großer Städte sein darf. Ein Förderschwerpunkt zielt deshalb auch darauf, in der Fläche ein angemessenes Theaterangebot vorzuhalten. Aus diesem Grund hat die gleich folgende Unterzeichnung eine besondere Bedeutung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. <